

Krieg in der Ukraine – Orientierungsversuche für den Politikunterricht

Christian Fischer

1 „Zeitenwende“ und das politikdidaktische Bedürfnis nach Orientierung

Eine (Selbst-)Wahrnehmung aus meiner Unterrichtspraxis: Vom 22. Februar bis zum 18. März 2022 habe ich in einem Sozialkunde-Kurs der Sekundarstufe II eine Unterrichtsreihe zum Thema „Neuer Ost-West-Konflikt!“ durchgeführt. Den unterrichtsmethodischen Rahmen bildete eine Konfliktanalyse. Inhaltlich nahm die Situation in der Ukraine einen Schwerpunkt ein. Der Unterricht war projektartig organisiert, so dass sich die gesamten Stunden des Kurshalbjahres auf den genannten Zeitraum konzentrierten. Den 24. Februar, den Tag, an dem Russland seinen Angriffskrieg auf die Ukraine begann, erlebte ich als einen Wendepunkt. Vor dem 24. Februar war die unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem Konflikt in der Ukraine sehr ernsthaft, aber auch durchgehend distanziert-analytisch gewesen. Insgesamt entsprach das dem Modus, den ich als Lehrer aus der Durchführung anderer Konfliktanalysen kannte. Mit dem 24. Februar 2022 änderte sich das entscheidend. Seit diesem Tag findet ein russischer Angriffskrieg auf die Ukraine und damit ein Angriffskrieg in Europa statt. Die geographische Nähe des Krieges, die von mir und den Lernenden empfundene moralische Entrüstung sowie die ausgelösten Bedrohungsgefühle standen dem vertrauten („routinierten“) Modus der unterrichtlichen Auseinandersetzung entgegen. Emotionen und Unsicherheit nahmen – auch bei mir als Lehrkraft – Raum ein.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von „eine[r] Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“. Nach seiner Rede wurde mir auch vor dem Hintergrund meiner laufenden Unterrichtsreihe bewusst, dass diese Zeitenwende ebenfalls ein didaktisches Bedürfnis nach



Dr. Christian Fischer

Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt, Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Orientierung auslöst. So ist zu fragen: Wie soll mit der bei vielen Kindern und Jugendlichen ausgelösten Angst und Fassungslosigkeit im Unterricht umgegangen werden? Wie soll über den Krieg gesprochen werden? Welche Herausforderungen stellen sich auf moralischer Ebene? Was bedeutet der Krieg für den Umgang mit Kontroversität im Unterricht? Und erfordert die Lage neue inhaltliche Schwerpunktsetzungen im Politikunterricht?

Eigentlich wohnen diese Fragen (in unterschiedlicher Intensität) jeder Auseinandersetzung mit einem internationalen Konflikt inne. Aktuell stellen sie sich aber in einer neuen Brisanz; und mit dieser Brisanz sehen sich die Politiklehrerinnen und Politiklehrer konfrontiert, auf sie müssen sie reagieren. Im vorliegenden Beitrag setze ich mich daher mit diesen Fragen auseinander und entwickle Orientierungsversuche für den Politikunterricht.

2 Fragen und Herausforderungen für den Politikunterricht

2.1 „Das ist der erste Krieg, den ich richtig mitbekomme!“ – Fassungslosigkeit und Angst

Ich knüpfe erneut an meine Erfahrungen aus der eingangs erwähnten Unterrichtsreihe an: Bis zum 23. Februar 2022 war die Analyse und Beurteilung der Situation zwischen der Ukraine und Russland im Unterricht getragen von der gemeinsamen Annahme, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu keiner Eskalation kommen werde. Weder die Jugendlichen noch ich gingen davon aus, dass Russland seine Truppen, die nach Vereinbarung der russischen Regierung zu Manövern an der Grenze zur Ukraine stationiert waren, für einen Angriffskrieg einsetzen werde.

Die russische Invasion, die dann am 24. Februar 2022 begann, löste bei den Lernenden wie auch bei mir persönlich das Gefühl der Fassungslosigkeit aus. Oft fiel der Satz *„Das hätte ich nicht für möglich gehalten“*. Und eine Schülerin berichtete: *„Das ist der erste Krieg, den ich richtig mitbekomme. Wir haben Bekannte in der Ukraine, die uns erzählen, was da los ist, es fällt mir schwer, darüber zu sprechen. Ich bin total entsetzt.“*

Kriege können bei Kindern und Jugendlichen starke Ängste auslösen. Folgt man den Überlegungen des Psychoanalytikers und Psychiaters Horst-Eberhard Richter, dann kann es sich um eine „mitleidende Angst“ handeln, bei der die Kinder und Jugendlichen „an die Massen unschuldiger Opfer [denken], zumal an die wehrlos betroffenen Frauen und Kinder“, aus dem oft ein „ohnmächtige[s] Mitleiden“ resultiert (Richter 2000: 248). Mit Blick auf die räumliche Nähe des Ukraine-Krieges sowie unter Miteinbeziehung der Warnungen, dass der Westen in den Krieg mit hineingezogen werden und ein Dritter Weltkrieg ausbrechen könne, kann Kriegsangst auch als „Angst vor konkreter eigener Bedrohung“ (Richter 2000: 247) bei den Schülerinnen und Schülern auftreten.

Eine Strategie im Umgang mit Fassungslosigkeit und Angst kann das gemeinsame Sprechen über die Geschehnisse und die eigenen Gefühle sein. Das Analysieren und Erklären des Konflikts im Unterricht bietet außerdem die Chance, Orientierung zu

schaffen. Es ist davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche das Bedürfnis haben, Informationen, die sie aus der medialen Berichterstattung oder aus Gesprächen aufgenommen haben, einzuordnen. Mehr noch: Das Bedürfnis nach Orientierung bezieht sich darauf, wissen zu wollen, welche Konfliktkonstellation dem Krieg in der Ukraine eigentlich zugrunde liegt und welche Lösungsmöglichkeiten denkbar sind. Das spricht dafür, den Krieg im Unterricht nicht nur als „aktuelles Ereignis“ in den ersten fünf oder zehn Minuten einer Unterrichtsstunde zu besprechen, sondern ihn zum Gegenstand einer stundenübergreifenden Unterrichtsreihe zu machen.

Nach Richter (2000: 248) können sich die unterschiedlichen Facetten der Kriegsangst bei einigen Kindern und Jugendlichen aber auch verbinden und übermächtig werden. Richter erklärt:

„Es ist eine Horrorvision, der das Ich kaum mehr standhalten kann. So nimmt die Überflutung des Ich gelegentlich panikartigen Charakter an [...]: Man kann Gespräche über den Krieg kaum mehr aushalten, verliert Schlaf und Konzentration und verfällt z.B. der Zwangsvorstellung, daß bei jedem Uhricken ein Mensch getötet werde.“ (Richter 2000: 248)

Als Lehrkraft sollte man diese spezielle Ausprägungsform der Kriegsangst als Möglichkeit mitdenken. Denn: Das Reden über den Konflikt, einschließlich seiner Analyse und Beurteilung, ist für Schülerinnen und Schüler, die von dieser speziellen Form der Kriegsangst – und sei es nur partiell – betroffen sind, eben nicht (nur) entlastend, sondern kann belastend und überfordernd sein. Hier bedarf es einer hohen Sensibilität seitens der Lehrkraft. Aus meiner Sicht ist Sensibilität vor allem bei der Beobachtung von Schülerinnen und Schülern gefragt, um entsprechende Gefühlslagen wahrzunehmen.

Schwierig kann es werden, wenn der Unterricht die Notwendigkeit der Leistungserhebung mittransportiert. Die subjektiven Angstgefühle können hier mit der Bewertungslogik des Unterrichts kollidieren. Um es konkret zu machen: Die oben zitierte Schülerin, der es schwer fällt, über den Konflikt zu sprechen, musste im Kurshalbjahr auch weitere Leistungen zu diesem Thema dokumentieren und eine Klausur schreiben. Was kann hier helfen? Ich habe mit dieser Schülerin im vertraulichen Gespräch über diese Spannungslage gesprochen. Dabei hatte auch sie den Raum, ihre Wahrnehmung offenzulegen. Ferner halte ich es in diesem Zusammenhang für hilfreich, alle Leistungserhebungen anzukündigen und transparent zu machen, so dass sich die Lernenden auch emotional auf sie vorbereiten können.

2.2 Über den Krieg im Unterricht sprechen – aber wie?

Auch hier möchte ich von einer Situation aus meinem Unterricht berichten: Im Politikunterricht im benannten Kurs sprachen wir über das Vorankommen der russischen Offensive. Ein Schüler hatte die Frage gestellt, ob Russland tatsächlich die Lufthoheit in der Ukraine besitze. Er habe hier unterschiedliche Meldungen in den Medien gehört. Danach entwickelte sich ein Unterrichtsgespräch, in dem es um die ukrainische Gegenwehr im Osten und im Norden des Landes sowie um die Frage, inwieweit die russische Führung die militärischen Fähigkeiten der Ukraine falsch eingeschätzt habe,

ging. Daraufhin äußerte eine Schülerin ihr Befremden darüber, dass *„wir so technisch über diesen Krieg sprechen“*. Sie sagte, dass sie das *„irritiert“*, weil dort schließlich *„Menschen sterben“*. Gleichzeitig räumte sie ein, dass ihr bewusst sei, dass man den Krieg nicht nur emotional betrachten könne. In der Folge sprachen wir in der Lerngruppe darüber, dass beide Arten und Weisen des Sprechens über den Krieg – also die distanziert-analytische und die emotionale – wichtig seien. Als Lehrkraft drückte ich aus, dass ich das Spannungsfeld ebenfalls empfinde.

Versteht man den Unterricht im Sinne der kommunikativen Fachdidaktik als einen Raum der gemeinsamen Deutungs-aushandlung (vgl. Grammes 1998: 93-95), dann liegt hier ein Schlüssel-moment. Die Art und Weise, wie über den Krieg gesprochen wird, wird hier nämlich selbst zum Gegenstand der Abwägung und Aushandlung. Man muss sich verdeutlichen – gerade auch für den Unterricht in jüngeren Klassen –, dass der Modus der kommunikativen Bearbeitung des Krieges selbst eine entscheidende Lerndimension darstellt. Politisches Lernen bezieht sich hier eben nicht nur auf die Fakten und Zusammenhänge, die dem Konflikt zugrunde liegen, sondern auch auf die Art und Weise, wie wir über ihn sprechen. Das schließt die Koordination von emotionalen und analytisch-distanzierten Zugängen mit ein. Aus meiner Sicht bedingen beide Modi einander. Das heißt, die analytisch-distanzierte Art und Weise der Kommunikation und Betrachtung kann ein Zugang zur emotionalen Ebene sein und umgekehrt.

2.3 Moral als Herausforderung – politisch-moralische Dilemmata benennen!

Die Geschehnisse in der Ukraine regen politisch-moralische Stellungnahmen an. Viele Menschen haben das Bedürfnis, Haltung gegen den Krieg und gegen die russische Aggression zu zeigen. Das trifft auch auf deutsche Städte und Gemeinden zu, was sich beispielsweise im Hissen der ukrainische Flagge vor Rathäusern oder anderen öffentlichen Gebäuden zeigt. Führende deutsche Politikerinnen und Politiker haben mehrfach in Reden ihrer Entrüstung über die russische Aggressionspolitik Ausdruck verliehen. Darüber hinaus versicherte die Bundesregierung der Ukraine ihre volle Solidarität. Doch welche Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen sind moralisch geboten und vertretbar? Hier stellen sich weitreichende Fragen, wie:

- Sollte Deutschland seine Waffenlieferungen an die Ukraine ausdehnen?
- Sollte Deutschland mit der NATO eine Flugverbotszone in der Ukraine durchsetzen?
- Sollte Deutschland umgehend kein Gas und kein Öl mehr von Russland kaufen?

Der moralische Druck, der diesen Fragen zugrunde liegt, artikuliert sich beispielhaft in der folgenden Aussage des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, die er in Reaktion auf die deutsche Weigerung, ein Öl- und Gasembargo gegen Russland umzusetzen, formulierte:

„Das ist ein Messer in den Rücken der Ukraine. Wir glauben, dass diese Position moralisch nicht haltbar ist und fallen wird – wenn nicht in den nächsten Tagen, dann in den nächsten Wochen. Die Frage ist, wie viele ukrainische Zivilisten im Raketenhagel sterben werden.“ (Melnik 2022)

Und mit Blick auf die Ablehnung einer NATO-Flugverbotszone über der Ukraine, die seitens der Bundesregierung mit der Angst vor einer Eskalation des Krieges begründet wird, sagte er:

„[E]ine verständliche Angst vor einem Atomkrieg ist nicht dasselbe, wie sich bei jeder Entscheidung von Angst treiben zu lassen. Und es muss klar sein: Das ist ein Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Doch der schwarze Donnerstag, 24. Februar 2022, war zugleich eine Kriegserklärung an Europa und besonders an Deutschland – auch wenn die Deutschen das noch nicht wahrhaben wollen und hoffen, dass sie verschont bleiben. Wenn man Putin jetzt nicht aufhält, werden wir nicht sein letztes Opfer bleiben. Darum denke ich, dass es sich lohnt, ein Risiko einzugehen.“ (Melnik 2022)

Es liegen aber auch gute Gründe vor, die gegen die oben genannten Maßnahmen sprechen. So ließe sich argumentieren, dass ...

- eine militärische Eskalation des Konfliktes über die Grenzen der Ukraine hinaus mit einer zu erwartenden Ausweitung von Tod und Zerstörung auf ganz Europa und andere Teile der Welt (hier geht es um Schutz von Menschenleben), sowie
- ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen und damit von sozialer Sicherheit in Deutschland ...

zu verhindern seien (und auch der Ukraine nichts nützen würden). Diese Überlegungen sind vor dem Hintergrund des aktuellen Leids der Menschen in der Ukraine schwer auszuhalten, aber dennoch legitim und im Sinne einer Reflexion von Werten und einer bewussten Risikoabwägung wichtig. Zitieren möchte ich in diesem Zusammenhang die Aussage des Journalisten Jacques Schuster: „Es gibt Augenblicke in brenzligen außenpolitischen Krisen, in denen das Bestehen auf Moral zu den unmoralischsten aller Handlungen führen kann“, nämlich zur Inkaufnahme eines eventuellen Atomschlags (Schuster 2022).

Damit wird deutlich: Die oben aufgeworfenen Fragen stellen politisch-moralische Dilemmata dar und sie sind als solche im Politikunterricht zu thematisieren. Folglich ist anzuerkennen, dass sich hier gleichgewichtige Werte konflikthaft gegenüberstehen und dass ein Aushalten dieser Wertekonflikte emotional weh tun kann (vgl. Reinhardt 2018: 161-162). Der demokratische Bildungsgehalt einer Diskussion dieser Dilemma-Fragen liegt für die Schülerinnen und Schüler im Abwägen unterschiedlicher Argumente und Werte sowie im Finden und Begründen ihrer persönlichen Position zu ihnen.

2.4 Der Umgang mit Kontroversität als Herausforderung und Chance

In Anbetracht des Konfliktgeschehens in der Ukraine stellt sich die Frage, wo sich im Politikunterricht eigentlich der Raum für Kontroversität öffnen soll. Man muss sich verdeutlichen:

- Russland (unter Putin) spricht der Ukraine das Recht auf staatliche Souveränität ab und begründet das damit, dass die Ukraine angeblich zur „russischen Welt“ gehöre.
- Russland (unter Putin) diffamiert die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine als „Junta“ und „Naziregime“ und unterstellt ihr in infamer Weise einen „Genozid“ an den „russischen“ Menschen in der Ukraine, für den es keine haltbaren Belege gibt. Es versucht ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine hinter dem Begriff „militärische Operation“ zu verstecken.
- Im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sterben viele unschuldige Menschen, zivile Objekte werden beschossen, eine Massenflucht wie es sie in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hatte, wurde ausgelöst. Ukrainische Städte werden von russischen Truppen eingekesselt mit katastrophalen Folgen für die humanitäre Lage, gerade in Städten wie Charkiw und Mariupol. Beide Städte sind übrigens mehrheitlich russischsprachig, was die Propaganda des Kremls, „russische“ Menschen in der Ukraine schützen zu wollen, entlarvt.
- Russland (unter Putin) verfolgt mit diesem Krieg eine neoimperiale Raumpolitik, die sich an revisionistisch und völkisch begründeten Einflussphären ausrichtet.
- Die russische Aggression gegen die Ukraine ist in einen Informationskrieg eingebettet, in dem Russland mit Lügen, Verwirrung und Drohungen arbeitet, die in Europa und anderen Teilen der Welt Angst, Schrecken und Unsicherheit verbreiten.

Das Kontroversitätsprinzip im Politikunterricht beinhaltet keinesfalls, die russische Propaganda gleichberechtigt im Politikunterricht darzustellen und so die Fakten zu verdrehen oder zu relativieren. Es steht vielmehr für einen demokratischen Politikunterricht. Es soll demokratische Debatten sicherstellen. Gleichzeitig ist es an eine Wertegrundlage gekoppelt, die sich aus Werten wie Demokratie, Frieden, Freiheit, Sicherheit und Volkssouveränität zusammensetzt.

Dennoch: Es ist wichtig – und hier wiederhole ich einen Gedanken aus meinem Aufsatz zur Ukraine-Krise aus dem Jahr 2015 –, Russland mit seiner Perspektive, seinen Interessen und Motiven zu verstehen, weil sich sonst nämlich die Sache, also der Ukraine-Konflikt selbst, nicht erschließen lässt (Fischer 2015: 123). Um einen Konflikt analysieren zu können, sind alle beteiligten Konfliktparteien zu untersuchen und ihre jeweiligen Sichtweisen zu beachten. Was sich indessen mit Blick auf die Wertebasis des Politikunterrichts verbietet, ist ein bejahendes Verständnis von Russlands Vorgehen im Ukraine-Krieg als Unterrichtsziel zu verfolgen (Fischer 2015: 123).

Über die Frage, was Russland eigentlich antreibt, gibt es unterschiedliche Deutungen. Hier entfaltet sich der Raum für Kontroversität im Politikunterricht. So gibt es Experten, die auf die (historisch begründeten) Sicherheitsbedürfnisse Russlands hinweisen (vgl. Friedman 2021; Dohnanyi 2022: 57-73). Folgt man ihrer Sicht, dann sind die Sicherheitsbedürfnisse Russlands durch die NATO-Osterweiterung (insbesondere durch eine mögliche Aufnahme der Ukraine) negativ tangiert worden. Andere Experten sehen in einer solchen Position jedoch eine Fehlinterpretation der wahren Interessen der russischen Führung. Ihrer Analyse zufolge gehe es Putin und seinem Macht-

apparat vor allem um die Wiederherstellung eines russischen Großmachtstatus und um die Sicherung der eigenen Macht (vgl. Fritsch 2022; Scherrer 2014). Deshalb werde das Ziel verfolgt, den russischen Einfluss auf die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken und möglicherweise auch auf ehemalige Ostblockstaaten ausdehnen. Weiterhin solle die Ukraine als ein positives Beispiel für Demokratie und Westbindung verhindert werden. Folgt man diesem Diskursstrang, dann ignoriere die Kritik an der NATO-Osterweiterung außerdem das Selbstbestimmungsrecht der ost- und südosteuropäischen Staaten sowie die Tatsache, dass allein die NATO-Mitgliedschaft vor einer russischen Aggressions- und Destabilisierungspolitik (so wie sie die Nicht-NATO-Mitglieder Moldau, Georgien und die Ukraine erleben müssen) schütze (vgl. Behrends 2022).

Politische und gesellschaftliche Kontroversen gibt es auch über mögliche Lösungen für den Konflikt. Eine Position liegt darin, dass Russland ein gesichtswahrender Ausweg aus dem Krieg ermöglicht werden müsse. Das bedeute eventuell auch, dass die Ukraine auf die Krim und/oder die Gebiete Donezk und Lugansk verzichtet. Demgegenüber steht die Position, dass dadurch die russische Aggressionspolitik belohnt werde. Es komme vielmehr darauf an, das Expansionsstreben Russlands konsequent einzudämmen, auch deshalb weil Kompromisse mit der völkisch und geschichtsrevisionistisch denkenden russischen Führung nicht tragfähig seien (vgl. Geiger 2022; Snyder 2019: 75-117 u. 150-226).

Der Raum für Kontroversität im Politikunterricht erstreckt sich außerdem auf die politisch-moralische Diskussion der Handlungsmöglichkeiten für Deutschland und die NATO. Es geht um die oben genannten Fragen „Sollte Deutschland seine Waffenlieferungen an die Ukraine ausdehnen?“, „Sollte Deutschland mit der NATO eine Flugverbotszone in der Ukraine durchsetzen?“ oder „Sollte Deutschland umgehend kein Gas und kein Öl mehr von Russland kaufen?“.

Die kontroverse Auseinandersetzung mit den Motiven Russlands sowie mit unterschiedlichen Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten ist bei diesem sensiblen Thema sicherlich eine Herausforderung, aber sie transportiert für die Lernenden die wichtige Chance, die Komplexität und Deutungsschwierigkeiten der Konfliktlage zu erfassen. Die Kontroversität ist auch deshalb so wichtig, weil sie das Abwägen unterschiedlicher Optionen und ihrer Folgen sowie das Differenzieren fördert. Ohne Kontroversität besteht die Gefahr einer gefährlichen Vereinfachung.

Und noch ein Gedanke: Es gibt in Deutschland nicht wenige Menschen, die eine emotionale (und biographische) Nähe zu Russland haben. Das schließt auch Kinder und Jugendliche mit ein. Es ist davon auszugehen, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch für sie ein Schock ist, den sie für sich einordnen müssen und der bei ihnen eventuell auch intensive Reflexionsprozesse auslöst. Denkbar sind auch emotionale Spannungen. Im Unterricht sollte unbedingt auf das Einfordern von Haltungsbekundungen oder Selbst-Distanzierungen verzichtet werden, weil diese a) grundsätzlich nicht dem Wesen einer liberalen Demokratie und eines demokratischen Politikunterrichts entsprechen und b) einen Prozess der reflexiven Auseinandersetzung mit Russlands Krieg gegen die Ukraine behindern oder gar verhindern dürften.

2.5 „Realistische Sicherheitspolitik“ – Neue Schwerpunktsetzungen im Politikunterricht?

In den vergangenen drei Jahrzehnten war die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland vor allem auf wertebezogene politische und wirtschaftliche Kooperationen ausgerichtet. Anleitend war die Idee des Multilateralismus sowie – gerade gegenüber Russland – die Idee „Wandel durch Handel“. Territoriale Verteidigungsfähigkeit und der Gedanke der Abschreckung spielten, wenn überhaupt eine stark nachgeordnete Rolle. Ich wage zu behaupten, dass das auch auf die Thematisierung der Außen- und Sicherheitspolitik im Politikunterricht zutrifft (vgl. Sander 2014: 391).

Aus meiner Sicht weist der Multilateralismus als Denkfigur blinde Stellen auf, die es im Unterricht aufzudecken gilt. Zum einen verstellt er den Blick darauf, dass Staatenbündnisse wie die EU oder das Verteidigungsbündnis NATO politische, ökonomische und militärische Machtbündnisse sind, deren Erweiterung von Nicht-Mitgliedsstaaten negativ wahrgenommen werden kann (vgl. Schneider-Deters 2014: vii). Zum anderen vernachlässigt ein am Multilateralismus ausgerichteter Blick, dass nicht nur gemeinsame Ideen und gemeinsame wirtschaftliche Interessen die Interaktion zwischen Staaten im Feld der internationalen Politik bestimmen, sondern dass es auch um Machtinteressen geht. Nicht vergessen darf man, dass es Länder gibt, die sich konsequent und rücksichtslos an einem Denken in Machtgewinnen und Machtverlusten und in Einflussphären ausrichten, so wie aktuell Russland. Hier wäre offen zu überlegen, ob/inwieweit militärische Macht notwendig ist, um Aggression einzudämmen oder gar präventiv zu verhindern.

Ich schlussfolgere daraus (zumindest für meinen Politikunterricht), dass die Theorie des Realismus (Puglierin 2015: 394-400), die das Streben von Staaten nach Macht in den Mittelpunkt ihrer Perspektive stellt, neben anderen Theorien der internationalen Beziehungen mehr Berücksichtigung finden sollte. Unterschiedliche Theorien der internationalen Beziehungen – zum Beispiel die Perspektive des Multilateralismus (Varwick 2015) und die des Realismus (Puglierin 2015) – können im Zusammenspiel Einseitigkeiten im Denken vermeiden. Sie öffnen die Wahrnehmung für unterschiedliche Aspekte der Realität und regen Differenzierungen in der Beurteilung der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wie auch von Konfliktkonstellationen an.

Weiterhin sind dem Konzept der Abschreckung oder dem des Sicherheitsdilemmas (wieder mehr) Raum zu geben. Auch über den Zusammenhang von Freiheit und Verteidigungsfähigkeit oder über die Aussage von Klaus Naumann (General a.D.) „Wer in jeder Krise eine militärische Lösung ausschließt, der liefert die Schwachen aus und gibt den Skrupellosen freie Hand.“ (Naumann 2021: 19) sollte im Unterricht abwägend diskutiert werden. Diese Konzepte und Fragen erscheinen wie ein Rückgriff auf die Zeit vor 1989/1990; sie sind heute aber leider wieder aktuell. Zudem stellt sich die Herausforderung im Politikunterricht, Sicherheits- und Energiepolitik zusammendenken. In diesem Kontext sind die Chancen und die Gefahren der Energiewende auszuloten. Hier liegen Impulse für eine politische Bildung für nachhaltige Entwicklung.

3 Ein Unterrichtsvorschlag für die Praxis

Politikdidaktik muss immer auch die konkrete Ebene des Unterrichts miteinschließen, weil sie ansonsten ihren Anspruch als Fachdidaktik verfehlt (vgl. Fischer 2020). Deshalb möchte ich abschließend einen Vorschlag für die Auseinandersetzung mit dem Ukraine-Krieg im Unterricht aufzeigen. Es handelt sich um die aktualisierte Fassung der von mir im Jahr 2015 veröffentlichten Konfliktanalyse „Ukraine-Krise“ (Fischer 2015: 127-130), die ich hier als Konfliktanalyse „Ukraine-Krieg“ vorstelle. Die Konfliktanalyse ist eine Unterrichtsmethode, die der Analyse und Beurteilung von Konflikten dient. Der jeweilige Konflikt wird zunächst über kategorienggebundene Leitfragen „aufgeschlüsselt“, damit danach über mögliche Lösungen des Konflikts und über Handlungsmöglichkeiten nachgedacht werden kann (vgl. Reinhardt 2018: 79-93; Dietz 2020: 43-45). Die Konfliktanalyse „Ukraine-Krieg“ berücksichtigt die unterschiedlichen Perspektiven der Konfliktparteien, enthält die Simulation von Friedensverhandlungen und öffnet den Raum für die Diskussion der oben aufgeworfenen Dilemma-Fragen (Flugverbotszone, Öl- und Gasembargo, erweiterte Waffenlieferungen an die Ukraine). Zielgruppe sind schulformenübergreifend die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 und 10.

Übersicht 1 zeigt die Durchführungsstruktur der Konfliktanalyse „Ukraine-Krieg“. Die Materialien sind fett gedruckt und im Didaktischen Koffer (2022) digital verfügbar.

Übersicht 1: Durchführungsstruktur Konfliktanalyse „Ukraine-Krieg“

Phasen	Durchführung und Material
I. Konfrontation	Konfrontation der Lernenden mit Material 1 (Collage): „Was ist eigentlich in der Ukraine los?“ Ziel: produktive Verwirrung/Aktivierung der Vorwissensbestände/spontane Stellungnahmen
II. Analyse	Analyse des Konflikts nach kategorialen Leitfragen, erfolgt arbeitsteilig in Gruppen, danach Präsentation Ziel: Erschließung und Analyse des Konflikts • Material 2: Was ist geschehen? Worum geht es in dem Konflikt? Welche Konfliktparteien haben welche Interessen? (Kategorien: Konkretheit, Interesse, Ideologie) • Material 3: Welche Konfliktparteien haben welche Möglichkeiten? Wie sind sie mit Blick auf den Weltfrieden und die Wirtschaft zu beurteilen? (Kategorien: Macht, Funktionszusammenhang) • Material 4: Welche Rolle spielt die Geschichte in dem Konflikt? (Kategorie: Geschichtlichkeit) • Material 5: Wie ist der Konflikt aus Sicht der betroffenen Menschen in der Region zu beurteilen? (Kategorie: Menschenwürde) • Material 6: Welche Regelungen des Völkerrechts ermöglichen beziehungsweise beschränken das Handeln der Konfliktparteien? (Kategorie: Recht)

Phasen	Durchführung und Material
III. Stellungnahme	Reihum-Stellungnahme und Unterrichtsgespräch • Wie können wir den Konflikt nach der Analyse beurteilen? • Welche weiteren Entwicklungen sind denkbar/erwünscht/zu fürchten? • Abstimmung über Handlungsmöglichkeiten (z.B.: militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen?)
IV. Kontroversenverfahren	Konferenzspiel , Szenario: Die Diplomaten der Konfliktparteien treffen sich zwecks Ausarbeitung einer möglichen Konfliktlösung (Material 7). a) Vorbereitung: Rollenfindung mit Rollenkarten: Material 8, Material 9, Material 10, Material 11, Material 12 b) Konferenzphase c) Reflexion: Erzählung, Systematisierung, Beurteilung Diskussion der folgenden Fragen (in Anlehnung an eine Dilemma-Diskussion; möglich ist auch die Konzentration auf eine Frage): • „Soll Deutschland schweres Kriegsgerät an die Ukraine liefern?“ (Material 13) • „Soll die NATO (und damit auch Deutschland) eine Flugverbotszone über der Ukraine einrichten?“ (Material 14) • „Soll Deutschland umgehend kein Gas und kein Öl mehr von Russland kaufen?“ (Material 15)
V. Generalisierung	Verallgemeinerung des Ukraine-Konflikts/Einordnung in übergreifende Zusammenhänge (z.B.: Mensch und Krieg? Ost gegen West? Demokratie gegen Diktatur? Wer sind die Guten? Neue Weltordnung?)

Die Konfliktanalyse „Ukraine-Krieg“ ist mit der Herausforderung der didaktischen Reduktion und der der Aktualität konfrontiert (vgl. Fischer 2015: 124-127). Das heißt: Nicht alle Fakten und Zusammenhänge des Konflikts können in die Materialien der Konfliktanalyse aufgenommen werden; und die unmittelbare Aktualität des Konflikts kann dazu führen, dass dargestellte Fakten und Zusammenhänge schnell überholt sind. Die entwickelte Konfliktanalyse ist daher als Vorschlag zu verstehen, die vor ihrer Durchführung in der Unterrichtspraxis jeweils an das Konfliktgeschehen und an die Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anzupassen ist. Für den Unterricht in der Sekundarstufe II kann die Konfliktanalyse mit theoretischen Bezügen (zum Beispiel mit Theorien der internationalen Beziehungen) erweitert werden.

Literatur

- Behrends, Jan Claas (2022) zitiert aus: Redaktion „Die Welt“: „Arroganz gegenüber Polen, gegenüber Ukrainern“. Historiker kritisiert Russland-Sicht von SPD und Merkel. Interview. In: Die Welt. Beitrag vom Mittwoch, dem 16.03.2022, S. 4.
- Didaktischer Koffer (2022). In: <https://www.zsb.uni-halle.de/download/didaktischer-koffer/> [28.03.2022].
- Dietz, Andreas (2020): Konfliktanalyse. In: Reinhardt, Sibylle/Richter, Dagmar (Hrsg.): Politik Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. 6. Auflage, Berlin, S. 43-48.
- Dohnanyi, Klaus von (2022): Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. München.

- Fischer, Christian (2015): Die Ukraine-Krise als Herausforderung für den Politikunterricht. Fragen und Probleme aus der Unterrichtsentwicklung am Beispiel einer Konfliktanalyse. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 1/2015, S. 121-131 (Textfassung und Materialteil im Didaktischen Koffer online verfügbar unter: <https://www.zsb.uni-halle.de/download/didaktischer-koffer/unterrichtsreihen/ukraine/>).
- Fischer, Christian (2020): Der gestaltungsorientierte und reflexive Praxisbezug als Kern der Politikdidaktik?! Ein Diskussionsbeitrag. In: zdg 2/2020, S. 20-32.
- Friedman, George (2021): Das russische Trauma. Beitrag vom 24.11.2021. In: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/moskau-invasion-ukraine-russisches-trauma-george-friedman> [28.03.2022].
- Fritsch, Rüdiger von (2022): Putins Angst vor dem Schwarzen Schwan. In: Cicero, Heft 2/2022, S. 70-77.
- Geiger, Klaus (2022): Illusionen der Realpolitik. In: Die Welt. Beitrag vom Mittwoch, dem 16.03.2022, S. 7.
- Grammes, Tilman (1998): Kommunikative Fachdidaktik. Politik – Geschichte – Recht – Wirtschaft. Wiesbaden
- Melnyk, Andrij (2022) zitiert aus: Yücel, Deniz/Barfuss, Thore: „Als ob man mit einer Wand gesprochen hätte“. Interview mit Andrij Melnyk. In: Die Welt. Beitrag vom Donnerstag, dem 10. März 2022, S. 6.
- Naumann, Klaus (2021/2022): Vorwort. In: Lindley-French, Julian/Allen, John R./Hodges, Frederick Ben (2022): Future War. Bedrohung und Verteidigung Europas. München, S. 13-19.
- Puglierin, Jana (2015): Realismus als IB-Theorie. In: Woyke, Wichard/Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 13. Auflage, Opladen/Toronto, S. 394-401.
- Reinhardt, Sibylle (2018): Politik Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. 7. Auflage, Berlin.
- Richter, Horst-Eberhard (2000): Umgang mit Angst. 5. Auflage, München.
- Sander, Wolfgang (2014): Friedenserziehung. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 4. Auflage, Schwalbach/Ts., S. 383-391.
- Scherrer, Jutta (2014): Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. In: APuZ 47- 48/2014, S. 17-26.
- Schneider-Deters, Winfried (2014): Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. 2. Auflage, Berlin.
- Scholz, Olaf (2022): Regierungserklärung vom 27. Februar 2022. In: <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [28.03.2022].
- Schuster, Jacques (2022): Vernunft und Moral im Krieg. In: Die Welt. Beitrag vom Freitag, dem 18.03.2022, S. 7.
- Snyder, Timothy (2019): Der Weg in die Unfreiheit. Russland, Europa, Amerika. Aktualisierte Auflage, München.
- Varwick, Johannes (2015): Multilateralismus. In: Woyke, Wichard/Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 13. Auflage, Opladen/Toronto, S. 314-320.